Standesangelegenheiten.

Die Lage der außerordentlichen Professoren an den preussischen Universitäten.

Von G. Mamlock.

Seit geraumer Zeit beschäftigt die Unterrichtsverwaltung, Volksvertretung und auch die breite Öffentlichkeit, soweit sie Anteil nimmt am akademischen Leben, die Stellung der außerordentlichen Professoren.

Um was es sich handelt, ist in dieser Wochenschrift 1908, No. 1, S. 31 und 1910, No. 24, S. 1143 ganz allgemein bereits mitgeteilt, ferner hat J. Schwalbe in einem Aufsatz über die „Reformbestrebungen der deutschen Universitätslehrer“ (1909, No. 46—48) sehr wesentliche Einzelfragen dieses Gegenstandes behandelt.

Soweit in diesem Artikel das Thema nicht erschöpft werden konnte, soll das in nachfolgenden Zeilen geschehen, auf Grund des neuesten und wohl vollständigsten Materials, das soeben von dem Vorstand der Vereinigung a. o. Professoren Preußens in Form einer Denkschrift herausgegeben ist.¹⁾

Regierungsseitig ist zwar diese Denkschrift bemängelt worden (in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses): Die Statistik der Denkschrift könne nicht als maßgebend betrachtet werden, weil sie verschiedene Kategorien a. o. Prof. durcheinanderwerfe und weil darin Göttingen und Berlin²⁾ fehlten. Im Plenum (50. Sitzung, 16. März) hat der Abgeordnete Friedberg diese Einwürfe bereits zurückgewiesen; jedenfalls bestätigt der Regierungsvertreter selbst auf Grund einer eigenen Statistik die verhältnismäßige — richtiger hieße es: un-

verhältnismäßige — Vermehrung der a. o. Prof. im Vergleich zu den Ordinarien. Die Zahlen waren vor 20 Jahren: Ordinarien: Extraordinarien = 75,23 : 24,77; heute ist das Verhältnis 69,84 : 30,16. Käme es allein auf die numerischen Verhältnisse an, so würden auch diese Zahlen, die günstiger liegen als die der Denkschrift, schon eine bedenkliche Verschlechterung der Aussichten für die a. o. Prof. ankündigen. Der erwähnte Ausschuß der 26 Göttinger a. o. Prof. würde selbst dann nicht ins Gewicht fallen, wenn diese die Zustände für garnicht verbesserungsbedürftig und deshalb die Denkschrift für entbehrlich gehalten hätten. Aber es ist im Gegenteil anzunehmen, daß ihre Antworten das Gesamtergebn der Enquete nicht erheblich beeinflußt hätten.

Im folgenden sollen im wesentlichen die für Mediziner besonders in Betracht kommenden Verhältnisse Berücksichtigung finden, und nur zum Verständnis der Gesamtlage sei vorangestellt, was die Denkschrift an Material bringt und was durch sie erreicht werden soll:

Das Extraordinariat war ursprünglich¹⁾ und ist nach den Universitätsstatuten noch heute ein Warte- und Durchgangsposten, was sich in erster Reihe in den Rang- und Besoldungsverhältnissen ausdrückt. Dieser Zustand war so lange erträglich, als absolut und relativ viel weniger Extraordinariate vorhanden waren als Ordinariate. Seit der ständigen Zunahme der Extraordinariate, mit der die der Ordinariate nicht Schritt gehalten hat, sind die Extraordinariate immer oder meist Lebensstellungen. Zurzeit kommen drei Extraordinariate auf etwa vier bis fünf Ordinariate, sodaß die Ziffern der Wartezeiten und die Altersverhältnisse der a. o. Prof. sehr hoch sind. Und nicht nur rein äußerlich betrachtet handelt es sich nicht mehr um „Durchgangsposten“, sondern diese Auffassung verbietet auch die Tatsache, daß die a. o. Prof. größtenteils ganz selbständige Lehraufträge haben und keineswegs etwa meist „entlegene Spezialfächer vertreten“. Viele Disziplinen, die meist oder fast immer von a. o. Prof. vertreten werden, sind als wichtig anerkannt, weil für sie auch Ordinariate bestehen. Auch sind vielfach a. o. Prof. wie die o. Prof. verantwortliche Leiter von Instituten etc. und prüfen wie o. Prof. in staatlichen Prüfungen.

Unterscheidet sich sonach das Extraordinariat sachlich vielfach nicht vom Ordinariat, so hat es immer noch die historische, sekundäre akademisch-korporative Stellung: Benachteiligung bei den Prüfungen, Zurücksetzung bei Institutsbenutzung, Vorlesungsverteilung und, damit direkt zusammenhängend, Schädigung der Einnahmen von Kollegiengeld sowie ungünstige Beeinflussung auf die Zahl der Zuhörer; vor allem aber die Ausschließung von der akademischen Verwaltung, insonderheit der Erledigung der eigenen Angelegenheiten.

Den Hauptgrund für die Verhältnisse sieht die Denkschrift u. a. in der Sparsamkeit der Regierung, die mit dem „Hilfslehrersystem“ billiger arbeitet; dann aber in der überkommenen Machtstellung der o. Prof.

Die Denkschrift sieht im Interesse eines gedeihlichen Entwicklungsganges der Universitäten folgende Forderungen für unabweisbar an:

Ein Lehrbedürfnis ist nur durch eine wirkliche Vollstelle (Ordinariat) zu decken. (Ein Ordinariat kostet den Staat nicht mehr als eine Oberlehrerstelle.) — In der Erläuterung zu diesem Passus heißt es: „Fächer also, deren Bedeutung für die Wissenschaft, den Unterricht, die Allgemeinheit anerkannt ist, sollen auch durch Ordinariate vertreten werden.“

Was ist aber darunter zu verstehen? Hierüber werden schon die Ansichten sehr geteilt sein; und welcher a. o. Prof. wird dem von ihm vertretenen Fach nicht all die eben genannten Eigenschaften zusprechen? Daß diese Schwierigkeit tatsächlich besteht, erhellt aus den Mitteilungen des Unterrichtsministers in der Budgetkommission des Preussischen Abgeordnetenhauses. Bekanntlich können seit der Verfügung am 30. Mai 1910 die a. o. Prof. mit vollem Stimmrecht an den Fakultäts-sitzungen teilnehmen, in denen über ihre sonst nicht vertretene Disziplin beraten wird; nun hat aber der Minister sich „begrifflicherweise“ noch nicht mit den Wünschen der a. o. Prof. beschäftigt, „da erst festzustellen sei, welche Fächer als solche Spezialfächer anzusehen seien, daß sie von den a. o. Prof., wenn in den Fakultäten darüber verhandelt werde, vertreten werden können.“

Einen lehrreichen Beitrag für Bewertung einer Disziplin bieten ferner die Erwägungen über die Beibehaltung eines Extraordinariates für Orthopädie, die seinerzeit nach Hoffas Tode laut wurden²⁾, und die hier in No. 11, S. 506 erwähnte, ganz auffallend verspätete Verleihung des Ordinariats an einen der ersten internen Mediziner, der Chef einer Propädeutischen Klinik war.

Die zweite Forderung der Denkschrift geht dahin, daß die a. o. Prof. an der Selbstverwaltung der Universitäten, insbesondere Wahl von Rektor und Senat, teilnehmen. Soweit die Verwaltung bisher durch o. Prof. geführt wird, tritt das Plenum der o. und a. o. Prof. an deren Stelle. Ist die Zahl der a. o. Prof. größer als die der o., so wird die Zahl der zur Teilnahme berechtigten a. o. Prof. in angemessener Weise be-

¹⁾ Magdeburg, Crentzsche Verlagsbuchhandlung.

²⁾ Die eigenartigen Verhältnisse, die nicht im gewöhnlichen Sinne als normal-akademische bezeichnet werden können, ließen die Ausscheidung Berlins gerechtfertigt erscheinen.

¹⁾ Lenz, Geschichte der Kgl. Friedrich Wilhelms-Universität zu Berlin. Halle a. S. 1910, Bd. 1, S. 530.

²⁾ Diese Wochenschrift 1908, No. 7.

schränkt. In den engeren Senat tritt eine bestimmte Zahl von a. o. Prof. ein. — Hierzu ist zu bemerken, daß nach der genannten Verfügung die a. o. Prof. bei der Rektorwahl mitwirken dürfen, mit der Einschränkung, daß die Zahl der a. o. Prof., die daran teilnehmen, nicht mehr als die Hälfte der o. Prof. betragen dürfe (es haben deshalb ev. die jüngeren a. o. Prof. bei dieser Gelegenheit auszuscheiden). Wohlgerne handelt es sich dabei immer nur um die etatsmäßigen a. o. Prof., sodaß die Denkschrift der Befürchtung Raum gibt, die zahlreichen außeretatsmäßigen a. o. Prof. und Abteilungsvorsteher würden noch mehr benachteiligt, und eine solche Herabsetzung sei um so weniger berechtigt, als die Rechte der „persönlichen“ Ordinarien die gleichen seien wie die der etatsmäßigen.

Außerhalb Preußens sind neuerdings ähnliche Bestimmungen getroffen: Am 7. März hatte das Großherzoglich hessische Ministerium des Innern die vom Gesamtsenat der Universität Gießen beschlossenen Leitsätze für die Neuordnung der Rechtsverhältnisse der o. Honorar-Prof. und etatsmäßigen a. o. Prof. genehmigt und die Universität mit Vorschlägen wegen Aufnahme entsprechender Vorschriften in die Universitäts-Satzungen beauftragt. Diese Leitsätze lauten:

1. Die etatsmäßigen a. o. Prof. an der Landesuniversität, welche ein in ihrer Fakultät nicht vertretenes Spezialfach vertreten, sollen in dieser Fakultät Sitz und beschließende Stimme haben, wenn es sich um Angelegenheiten ihres Spezialfachs handelt. — 2. Die Frage, ob ein etatsmäßiger Extraordinarius Vertreter eines in der Fakultät nicht vertretenen Spezialfaches ist, soll von Fall zu Fall entschieden werden, bis zur Aufstellung fester Grundsätze durch die Fakultäten. — 3. Die Entscheidung über diese Frage soll der Landesuniversität zustehen. — 4. Die Entscheidung der vorgenannten Frage erfolgt durch den Gesamtsenat nach Anhörung der betreffenden Fakultät. — 5. Den etatsmäßigen Extraordinarien steht das Recht der Teilnahme an der Rektorwahl zu, jedoch mit der Maßgabe, daß die Gesamtzahl der hiernach wahlberechtigten a. o. Prof. die Hälfte der Gesamtzahl der etatsmäßigen o. Prof. nicht übersteigen darf. Wird diese Beschränkung wirksam, so steht das Wahlrecht den der Anziennität nach ältesten etatsmäßigen a. o. Prof. zu. — 6. Alle den etatsmäßigen a. o. Prof. zu gewährenden neuen Rechte sind in gleicher Weise auch den o. Honorar-Prof. einzuräumen.

In Baden hat das Ministerium über die Berechtigung zur Teilnahme an der Wahl des Prorektors und die Stimmfähigkeit der a. o. Professoren in der Fakultät folgende Verordnung erlassen: 1. Den o. Honorar-Prof. und den etatsmäßigen a. o. Prof. steht das Recht, den Prorektor aus der Zahl der o. Prof. zu wählen, mit der Maßgabe zu, daß die Gesamtzahl der hiernach wahlberechtigten o. Honorar-Prof. und etatsmäßigen a. o. Prof. die Hälfte nicht übersteigen darf. Wird diese Grenze überschritten, so scheidet die erforderliche Anzahl der nach der Anziennität jüngeren Dozenten aus. Für die Berechnung der Anziennität ist die Ernennung zum o. Honorar-Prof. und die Ernennung zum etatsmäßigen a. o. Prof. gleich zu behandeln. — 2. Den etatsmäßigen a. o. Prof., die eine ordentliche Professur oder eine Lehrstelle für ein in der Fakultät nicht vertretenes Spezialfach innehaben, steht in allen Angelegenheiten ihres Spezialfaches — jedoch ausgenommen die persönlichen Fragen — Sitz und Stimme in der Fakultät zu. Die Entscheidung darüber, welche Fächer als Spezialfächer in obigem Sinne anzusehen sind, trifft die Fakultät.¹⁾

Auch an der Württembergischen Landesuniversität Tübingen wird die Stellung der a. o. Prof. und Privatdozenten neu geregelt. Nach einer Mitteilung des Kultusministers im Finanzausschuß der Kammer am 28. März wird den a. o. Prof. unter gewissen Voraussetzungen die Beteiligung an den Fakultätssitzungen sowie eine Vertretung im Senat eingeräumt werden. Die rechtliche Stellung der Privatdozenten wird durch Gesetz geregelt. Damit dürfte dann wohl die Eingabe erledigt sein, die am 11. Juli 1908 die nichtetatsmäßigen a. o. Prof. und Dozenten an den Senat der Universität Tübingen gerichtet hatten und in der sie ihre Wünsche zum Ausdruck brachten.

Weiter wird in der Denkschrift verlangt, daß die a. o. Prof. von allen Verhandlungen der Fakultät, die Fragen des Unterrichts betreffen, in Kenntnis zu setzen sind.

In allen Angelegenheiten, die das Fach eines a. o. Prof. betreffen, soll dieser zu den Beratungen der Fakultät zugezogen werden und stimmberechtigt sein, einerlei, ob sein Fach in der Fakultät durch einen o. Prof. vertreten ist oder nicht.

Die a. o. Prof. haben in derselben Weise wie die Fakultätsmitglieder das Recht, bei der Beurteilung der von ihnen angeregten Dissertationen wie bei der mündlichen Prüfung als Vertreter ihres Faches zu fungieren.²⁾

¹⁾ In Freiburg werden neuerdings auch Extraordinarien zu den Prüfungen hinzugezogen, aber als überzählige Glieder der Examenkommission. Die Begründung des Nichtordinarienverbandes hat es im Gefolge gehabt, daß in einer staatlichen Examenkommission ein Extraordinarius mit dem Vorsitz betraut worden ist.

²⁾ Zum Vergleich sei eine soeben in Budapest erlassene Verfügung betr. Regelung der Verhältnisse der Extraordinarien

Die Lehrmittel und -räume in Instituten und Seminaren müssen den a. o. Prof. an allen Universitäten ebenso wie den o. Prof. für Forschung und Lehre zur Verfügung stehen.¹⁾

Das Gehalt der a. o. Prof. ist so zu erhöhen, daß ihre Zurücksetzung gegen die übrigen akademisch gebildeten Staatsbeamten aufhört.

Außeretatsmäßige a. o. Prof. müssen spätestens nach drei Jahren etatsmäßig werden; die bisherigen außeretatsmäßigen a. o. Prof., die länger als drei Jahre im Amt sind, sind, sofern ihr Extraordinariat nicht in ein Ordinariat umgewandelt wird und soweit sie nicht anderweitig ein Hauptamt bekleiden, alsbald zu etatsmäßigen a. o. Prof. zu ernennen. Die Stellen der Abteilungsvorsteher sind in etatsmäßige Extraordinarien oder Ordinarien mit Lehrauftrag zu verwandeln.

Soweit die Wünsche der Denkschrift; wie man sieht, käme deren Erfüllung einer fundamentalen Änderung der gegenwärtigen Universitätsverhältnisse gleich, und man wird eben deshalb befürchten müssen, daß die Verwirklichung all der genannten — übrigens im großen und ganzen wohl berechtigten — Forderungen daran vielleicht wenigstens vorerst scheitern dürfte.

Insbesondere bedenklich scheint der vorgeschlagene Umwandlungsmodus der Extraordinariate in Ordinariate, weil man damit ähnliche Zustände herbeiführen wird wie bei den medizinischen Privatdozenten und titulierten Professoren in Berlin; man sieht sich schließlich einem Embarras de richesse gegenüber und kann die Geister, die man rief, nicht los werden.

Man darf sich darüber nicht täuschen, daß eine eventuelle Verminderung der Extraordinariate (und das ist der springende Punkt der Denkschrift) durch Uebergang in Ordinariate allein nicht zu erzielen ist: Gleichzeitig müßte dann die Neuergänzung der Extraordinariate aus dem Heer der Privatdozenten hintangehalten werden. Und daß letztere die etatsmäßigen Extraordinariate mit derselben Energie für sich verlangen werden wie die a. o. Prof. die Ordinariate, das lassen die zielbewußten Verhandlungen der Konferenz der deutschen Privatdozenten erkennen.²⁾ Auf der im Juli 1910 in Halle abgehaltenen ist ausdrücklich als „Hauptforderung“ aufgestellt, „daß die Verhältnisse der Extraordinarien in Preußen nicht in einseitiger Weise geregelt werden . . .“ Auch mehren sich die Fälle, wo allgemein anerkannte Privatdozenten aus dem Lehrkörper ausscheiden, weil sie nicht a. o. Prof. werden; gerade dieser Punkt hat wiederholt der Unterrichtsverwaltung Schwierigkeiten bereitet. Sie sah sich z. B. 1884 gezwungen, einige hochverdiente Privatdozenten der Medizin in Berlin mit dem Professorat abzufinden, weil die Fakultät im allgemeinen der Schaffung neuer außerordentlicher Professuren widerstrebt; der Minister selbst verkannte demgegenüber nicht, daß eine solche Haltung eine Ungerechtigkeit gegen viele hervorragende Dozenten sei.³⁾

Immerhin soll nicht verschwiegen werden, daß auch aus den Reihen der o. Prof. selbst Stimmen im Sinne der Denkschrift laut werden: so hat in No. 103 der Vossischen Zeitung (Berlin 2. März) der Ordinarius für evangelische Theologie in Bonn, Meinhold, sich durchaus den Forderungen der a. o. Prof. angeschlossen; und ein so maßvolles Blatt wie die Magdeburgische Zeitung tritt in ihrer No. 6 (vom 10. März) lebhaft für eine Universitätsreform im Sinne der Denkschrift ein.

Für die Mediziner im besonderen bringt die Denkschrift als wichtigste Belege folgende Angaben: Das Anstellungsalter der a. o. Prof. (berechnet für das Etatsjahr 1908/1909) ist: 37,1 Jahr (das der o. Prof. ist 38,63).

Unterrichtspflichtigen. Vielfach kommt schon in der Art des dem a. o. Prof. erteilten Lehrauftrages zum Ausdruck, daß er nicht nur den o. Prof. zu ergänzen, sondern eine besondere Disziplin ganz selbständig

mitgeteilt, die wir unserm Mitarbeiter, Herrn Dr. T. v. Györy, verdanken: In Budapest hatten bisher die sämtlichen besoldeten außerordentlichen öffentlichen Professoren den nämlichen Sitz in Professorenkollegium wie die ordentlichen, und zwar bis zur Hälfte der Zahl der letzteren. Neuerdings werden nun außerordentliche öffentliche Professuren kreiert werden dürfen, deren Inhaber keinen Sitz in der Fakultät haben. Die Bedeutung dieser Verfügung besteht darin, daß durch sie die Möglichkeit gegeben ist, eine bedeutend größere Zahl außerordentlicher Professoren besolden zu können, als es bisher der Fall war, wo von den zahlreichen außerordentlichen Professoren die überwiegende Majorität nur den Titel besaß, nicht aber auch das Professorengehalt, da mit dem letzteren auch das Recht des Sitzes in der Fakultät verbunden war.

¹⁾ In München sind die zu erstrebenden und erreichbar erscheinenden Forderungen bezüglich der Instituts- und Lehrmittelbenutzung in einer Reihe von Thesen zusammengefaßt worden, bei deren Abfassung sich außer dem dortigen Nichtordinarienverbande auch die Ortsgruppe des deutschen Hochschultages beteiligt hat, dem auch Ordinarien angehören. — Daß übrigens der Verwirklichung dieser Forderung erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen, hat Baensch (Straßburg) auf der Konferenz deutscher Nichtordinarienvereinigungen in Halle 1910 betont.

²⁾ Max Michaelis (Berliner klinische Wochenschrift 1909, No. 23) hat bereits eine Vertretung der Privatdozenten im akademischen Senat gefordert.

³⁾ Diese Wochenschrift 1884, No. 34, S. 549.

zu vertreten hat: z. B. Kinderheilkunde und innere Poliklinik zur Ergänzung.

Noch selbständiger erscheint das Extraordinariat in der Form der Bestallung, wenn sie dem betreffenden a. o. Prof. überhaupt nur eine selbständige Disziplin zuweist und auf deren Anschließung an ein bestehendes Ordinariat verzichtet (allenfalls heißt es noch: im Einvernehmen mit dem Fachordinarius, im Verein mit den Fachordinarien), z. B. Kinder- oder Ohrenheilkunde.¹⁾

Zum Beweise, daß die den a. o. Prof. erteilten Lehraufträge keineswegs „entlegene Wissenschaften“ oder „minder wichtige Spezialitäten“ betreffen, führt die Denkschrift folgende Disziplinen an, die mit den besonders bezeichneten Ausnahmen von a. o. Prof. vertreten werden:

Physiologie, Chirurgie, Innere Medizin, Medizinische Poliklinik²⁾ und propädeutisch klinischer Unterricht, Impftechnik, Ohrenheilkunde,¹⁾ Laryngologie-Rhinologie,³⁾ Ohren-, Hals-, Nasenkrankheiten, Haut- und Geschlechtskrankheiten,⁴⁾ Allgemeine Chirurgie der Zähne, Gerichtliche Medizin und Impfunterricht, Gerichtliche und soziale Medizin, Gerichtliche Medizin, Kinderheilkunde,¹⁾ Kinderheilkunde und medizinische Poliklinik, Hygiene (spez. Bakteriologie), Pharmakologie,⁵⁾ Toxikologie.

Nach dem bekannten Grundsatz „auch der Teufel kann sich auf die Schrift berufen“, kann man aus dieser Zusammenstellung doch auch im Gegensatz zu der Denkschrift sich nicht verhehlen, daß keineswegs all die genannten Fächer ohne weiteres in Ordinate umzuwandeln wären; daß — soweit es durchführbar ist — die Tendenz dazu seitens der Regierung vorhanden ist, erkennt die Denkschrift übrigens (S. 36) selbst an; sie befindet sich damit auch in prinzipieller Übereinstimmung mit den Ausführungen des Unterrichtsministers in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 16. März: Danach wird das Extraordinariat für eine Disziplin, deren dauernder Wert sich allmählich zeigt, in ein Ordinariat verwandelt; so ist z. B., wie hier No. 12, S. 559 schon erwähnt ist, zunächst die Umwandlung der Extraordinate für Gerichtliche Medizin in Ordinate in Aussicht genommen. Dagegen lasse sich z. B. die Frage bezüglich der Kinderheilkunde deshalb nicht in derselben einfachen Weise lösen, weil vielfach erst Kliniken zu schaffen sind. Daß das alles nicht immer so schnell und in so weitem Umfang geschehen kann, wie es an sich vielleicht wünschenswert wäre, liegt an der finanziellen Lage des Staates. Diesen Erwägungen hat sich auch der wärmste Fürsprecher der a. o. Prof., der fortschrittliche Abgeordnete Cassel, durchaus nicht verschließen können.

Einen etwas vermittelnden Standpunkt vertrat im Herrenhaus bei der Beratung des Etats des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten (nennte Sitzung, 7. April) Fürst zu Salm-Horstmar. Er stellte sich zwar im allgemeinen auf den Boden der Denkschrift, namentlich auch was die außeretatsmäßigen a. o. Prof. betrifft, jedoch sieht er nicht die Hauptschwierigkeit in dem dauernden Belassen der a. o. Prof. in „Durchgangsstellen“, sondern in ihrer Benachteiligung hinsichtlich der Besoldung gegenüber anderen Staatsbeamten von derselben Bildungsstufe, z. B. den Oberlehrern an den höheren Anstalten; damit wird die Angelegenheit allerdings ganz auf das finanzpolitische Gleise geschoben und gerät so vielleicht überhaupt auf den toten Punkt. Wohin man mit zu weitem Nachgeben kommen würde, zeigt die Forderung eines Nationalliberalen nach Schaffung von Ordinariaten für Soziale Medizin an allen Universitäten; ferner der im Herrenhause ausgesprochene Wunsch, das Extraordinariat für Geschichte der Medizin in Berlin in ein Ordinariat umzuwandeln. In der Begründung wies u. a. der Redner, Geheimrat Küster (Berlin-Marburg), auf Leipzig, wo die Geschichte der Medizin ein Ordinariat sein solle; das ist irrig, auch in Leipzig ist sie Extraordinariat. Im übrigen liegen hier die Verhältnisse infolge der Puschmann-Stiftung besonders günstig und gestatten nicht ohne weiteres einen Vergleich.

Weiter birgt ja auch das Material der Denkschrift selbst Beweise dafür in sich, daß die Dinge unterschiedlich zu behandeln sind: denn die Verhältnisse der Göttinger Poliklinik für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten, die gebietarisch ein Ordinariat verlangen, werden sicher nicht an anderen Universitäten sich wiederholen.

Außer dem eigentlichen Lehrauftrag kommt nun gerade bei Medizinern vielfach die Leitung (Mitleitung) von Instituten (Kliniken etc.) hinzu, die Arbeitslast und Pflichtenkreis erheblich erweitern. Die Denkschrift nennt 20 derartige Posten. (In Berlin werden acht Institute von a. o. und drei von o. Honorar-Prof. selbständig geleitet).

Gewöhnlich ist damit gleichzeitig eine Tätigkeit als Examiner bei staatlichen Prüfungen (nicht eigentlich akademischen) verbunden: Aerztliche und zahnärztliche Vorprüfung, ärztliche Hauptprüfung; a. o. Prof. prüfen in Pathologie, Chirurgie, Innerer Medizin,

Frauenheilkunde, Impftechnik, Pharmakologie, Zahnheilkunde, Anatomie (für Tutoren); in Berlin: Chirurgie, Augenheilkunde und Zahnheilkunde (ein o. Honorar-Prof. für innere Medizin).

¹⁾ Erstere ist nur in Breslau und Berlin, letztere in Halle und Berlin Ordinariat.

²⁾ In Berlin = o. Hon.; in Bonn o.

³⁾ In Berlin = o. H.

⁴⁾ In Berlin = o. Hon.; in Breslau o.

⁵⁾ Ueberall o. außer Kiel.